

# Finanzverwalter fordern politische Vorgaben

## Herausforderungen und Perspektiven von Gemeinden

Das Debakel von Leukerbad, die teilweise fehlende Finanzdisziplin sowie gestiegene Anforderungen seitens der Öffentlichkeit fordern die Finanzverantwortlichen von Schweizer Gemeinden heraus. Vor diesem Hintergrund befasst sich eine aktuelle Studie der Universität St. Gallen mit den Problemfeldern der betroffenen Körperschaften.

*nrz.* Lange Zeit fanden Themen wie Finanzstärke und Bonität von Schweizer Gemeinden keine grosse Beachtung. Doch spätestens die Schuldenproblematik der Bürger- und Munizipalgemeinde Leukerbad sowie der Burgergemeinde Zermatt hat sowohl die Kapitalgeber als auch die Öffentlichkeit aufgeschreckt und das Vertrauen in die Kreditqualität von Gemeinden, die bis anhin durchwegs als erstklassig galt, lädiert. Nicht nur die wirtschaftliche Abschwächung der neunziger Jahre und eine teilweise mangelhafte finanzpolitische Disziplin hinterliessen bei einigen öffentlichen Körperschaften deutliche Spuren. Auch die gestiegenen Anforderungen seitens der öffentlichen Verwaltung und die Forderung einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung (New Public Management) stellen die Finanzverantwortlichen einiger Gemeinden vor Herausforderungen. Dementsprechend gross ist auch der Informationsbedarf, was den Gesundheitszustand der Gemeinden anbelangt. Das Institut für öffentliche Dienstleistungen und Tourismus der Universität St. Gallen hat deshalb in Zusammenarbeit mit Wiremas Regazoni & Butz und der Beratungsgesellschaft Krups Executive Advisors eine Studie mit dem Titel «Die Finanzverwalter/innen in einem veränderten Umfeld» durchgeführt, die sich mit den Herausforderungen und Perspektiven von Schweizer Gemeinden befasst. Die anonyme Untersuchung stützt sich auf die Angaben von 329 (von insgesamt 506 angeschriebenen) Finanzverwaltern, die im November 2000 mittels Fragebogen schriftlich kontaktiert wurden. Befragt wurden sämtliche Finanzverwalter von Schweizer Gemeinden mit über 3000 Einwohnern.

### Die Finanzsituation variiert

Die Finanzsituation der Gemeinden präsentiert sich sehr unterschiedlich. Die Nettoschuld (Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen) pro Einwohner variiert bei den meisten politischen Körperschaften (51%) zwischen 1000 und 5000 Fr. 13% der befragten Instanzen weisen allerdings eine höhere Verschuldung auf. Der Selbstfinanzierungsgrad, der das Ausmass der Neuinvestitio-

nen spiegelt, die durch selbstarbeitete Mittel finanziert werden können, beträgt bei den meisten Gemeinden mehr als 80%. Über die Hälfte der Körperschaften wenden zwischen 5% und 15% ihres Finanzertrags für den Kapitaldienst (Passivzinsen und ordentliche Abschreibungen) auf. 14% der Gemeinden verbuchen einen Kapitaldienst-Anteil von über 15%. Trotz der unterschiedlichen Finanzstärke nennen zwei Drittel der Finanzberater den Schuldenabbau als eine der grössten Herausforderungen der Zukunft. Steuererhöhungen dürften dabei nur beschränkt eine Lösung bieten und auch politisch nur mit Widerstand durchsetzbar sein, denn immerhin 24% der Befragten sind der Meinung, dass die Steuerkraft in der jeweiligen Gemeinde bereits überdurchschnittlich abgeschöpft sei.

### Reformbedürftige Rechnungslegung

Einen Handlungsbedarf orten die meisten Finanzverwalter bei der Harmonisierung der Rechnungslegung, wodurch die Vergleichbarkeit der Jahresrechnung und der Finanzsituation der Gemeinden erleichtert würde. Als reformbedürftig wird auch die teilweise bestehende Rechnungslegungs- und Revisions-Praxis beurteilt. Insbesondere die Konsolidierung und der Ausweis aller Beteiligten (65% der Gemeinden halten Gesellschaften nach Privatrecht) analog dem Rechnungswesen der Privatwirtschaft ist ein zentrales Thema. Die Finanzverwalter stuften die privaten Revisionsgesellschaften generell als kompetenter ein als gemeindeeigene Aufsichtskommis-sionen. Eine professionelle Revision würde in den Augen der Befragten nicht nur die notwendige Transparenz bringen und die Beurteilungsqualität der Gemeindefinanzen markant verbessern, sondern auch die Früherkennung von finanziellen Engpässen zulassen. Um die verschiedenen Spannungsfelder besser zu meistern, wünschen sich die Finanzverwalter vor allem eine pro-aktive Einbindung in die Entscheidungsfindung der Gemeinden und «klare politische Vorgaben im Finanzbereich».